



NEWSLETTER FEBRUAR

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

die Themen Flucht, Integration und die Zukunft Europas dominieren derzeit die politische Debatte in Deutschland. Dahinter verschwinden in der öffentlichen Wahrnehmung leider allzu oft auch Fragen, die für die Zukunft des Landes und des Planeten von existenzieller Bedeutung sind. So weigert sich die Bundesregierung trotz des Abkommens von Paris beharrlich, einen Plan für einen geordneten Kohleausstieg vorzulegen. Immerhin hat der Think-Tank AGORA-Energiewende mit einem Vorschlag zu einem Kohle-Konsens die öffentliche Debatte über das Thema eingeleitet. Dagegen gibt es einen Brief von den „Wirtschaftspolitikern“ der Unionsfraktion im Bundestag Fuchs, Pfeiffer und Bareiß, der nichts weniger als das Ende des Ausbaus der Windenergie an Land und damit das der Energiewende insgesamt bedeutet. Gleichzeitig betreibt Verkehrsminister Dobrindt weder Aufklärung, noch zieht er substantielle Konsequenzen aus dem VW-Skandal. So bleiben die Stickoxid-Werte in unseren Städten auf Rekordniveau und Klimaschutzpolitik im Verkehr findet nicht statt. Diese Bundesregierung macht keinen Klimaschutz, sondern Klimakrise.

Aber lesen Sie mehr dazu und zu anderen Themen auf den folgenden Seiten. Anregungen, Bemerkungen und Kommentare sind immer willkommen.

Ihr/euer

Oliver Krischer

Energie/Umwelt

- 1) Weimarer Erklärung zum Klimaschutz
- 2) Belgische Schrott-AKW stilllegen!
- 3) Studie: Risse in belgischen AKW
- 4) Studie: Quecksilber-Gefahr durch Kohlekraftwerke
- 5) Studie: Elf Eckpunkte für einen Kohlekonsens
- 6) Ende des NRW-Kraftwerkerneuerungsprogramms
- 7) Kein Engagement der STEAG im Braunkohle-Revier in Ostdeutschland
- 8) Studie: Gaspreise fallen – nicht für Verbraucher
- 9) Gewässerschutz: Ausnahmen für (fast) alle
- 10) Fachgespräch „Digitalisierung: Eine Chance für die Energiewende?!“
- 11) Bundestagsrede zur Weiterentwicklung des Strommarktes
- 12) Grüner Wohlstandsbericht: Wie misst man Wohlstand?

Agrar/ Ernährung

- 13) Fleischatlas 2016 – Masse statt Klasse
- 14) „Wir haben es satt“-Demonstration anlässlich Grünen Woche
- 15) Studie: Pestizidbelastungen
- 16) Studie: Gentechnik-Tiere
- 17) Bundestagsrede zur Reform der Deutschen Lebensmittelbuch-Kommission

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

- 18) Papierverschwendung beim DB Online-Ticket
- 19) Marode Infrastruktur und der Bundesverkehrswegeplan, die Dobrindt-Show
- 20) Studie: Bezahlbares Wohnen
- 21) Bundestagsrede zur Mietpreisentwicklung
- 22) Fachgespräch „Verbraucherrechte im VW-Skandal“

Energie/Umwelt

1) Weimarer Erklärung zum Klimaschutz

Die Klimakrise ist die größte ökologische Herausforderung unseres Jahrhunderts. Die Weimarer Erklärung ist deshalb dieses Jahr dem Klimaschutz gewidmet, denn das Klimaabkommen von Paris ist eine wichtige Etappe für den Klimaschutz. Die Botschaft an die Welt ist eindeutig: Raus aus den Fossilen, rein in die Erneuerbaren. Damit ist der internationale Rahmen gesetzt. Jetzt kommt es darauf an, den Vertrag in der nationalen Politik umzusetzen und die Dekarbonisierung – also die Umstellung der Wirtschaftsweise weg vom fossilen Kohlenstoff – einzuleiten. In unserer Weimarer Erklärung zum Klimaschutz fordern wir darum: die Energiewende voranbringen, einen reformierten Emissionshandel, konsequente Schritte hin zum klimaneutralen Verkehr, „Faire Wärme“ im Gebäudesektor und eine Agrarwende hin zu einer grünen Landwirtschaft. Unser Papier und weitere Infos dazu finden sich [HIER](#).

2) Belgische Schrott-AKW stilllegen!

Das belgische AKW Tihange liegt gerade einmal 65 Kilometer von Aachen entfernt. Wie auch im Atomkraftwerk Doel-3 bei Antwerpen stellte man im Sommer 2012 in Tihange-2 tausende Risse in den Reaktordruckbehältern fest. Dazu: Brände im Monats-Rhythmus, Funde von Weltkriegsbomben, ungeschultes Sicherheitspersonal, undichte Kühlwasserbehälter – die Skandalgeschichte von Tihange lässt den letzten Rest von Vertrauen schwinden. Die belgische Aufsichtsbehörde Federaal Agentschap voor Nucleaire Controle (FANC) beauftragte ein sogenanntes International Review Board damit, das erneute Hochfahren der Meiler zu begutachten. Die Gruppe gab „grünes Licht“, die FANC ließ die beiden Reaktoren im Dezember 2015 wieder anfahren. Per Gesetz darf Doel-3 jetzt bis zum 1. Oktober 2022 und Tihange-2 bis zum 1. Februar 2023 weiterlaufen. Angesichts der Grenznähe hätte die Bundesregierung sich schon längst für eine Stilllegung einsetzen müssen, verweist stattdessen jedoch wie so oft auf nationale Souveränität und wartet erst einmal ab. In der Antwort auf unsere [Kleine Anfrage](#) bestätigt sie allerdings, dass sie selbst Zweifel hat und die Kritikpunkte für „plausibel“ hält. Nach zwei Jahren des Nichtstuns (Zitat: „Dann können wir nichts machen.“) ist Hendricks infolge des öffentlichen Drucks nun endlich mal zu ihrem belgischen Amtskollegen gefahren. Es bleibt zu hoffen, dass uns das der Abschaltung der belgischen AKW näher bringt. Klarer ist da die Städteregion Aachen, die jetzt mit der Unterstützung vieler anderer Kommunen gegen die belgischen AKW klagen will. Mehr Hintergrundinformationen [HIER](#).

3) Studie: Risse in belgischen AKW

Die Grünen/EFA-Fraktion im Europaparlament hat die dritte Studie der Materialwissenschaftlerin Ilse

Tweert zu den belgischen Atomreaktoren Doel3 und Tihange2 vorgestellt, die zu dem Ergebnis kommt, dass ein weiterer Betrieb der Reaktoren unverantwortlich ist, da der Ursprung der Fehler im Material noch immer nicht geklärt ist. Der Stahl ist laut Studie von derart schlechter Qualität, dass die Reaktordruckbehälter schon bei Inbetriebnahme der Reaktoren nicht genehmigungsfähig gewesen wären. Ihnen auch noch dreißig Jahre später ein Sicherheitsiegel zu verpassen, ist unverantwortlich und deckt einen erschreckend flexiblen Umgang der Aufsichtsbehörde mit Testergebnissen auf, der der Hochrisikotechnologie Atomkraft nicht angemessen ist und Tausende von Menschen in Gefahr bringt. Die Studie von Ilse Tweert findet sich [HIER](#).

4) Studie: Quecksilber-Gefahr durch Kohlekraftwerke

Kohlekraftwerke emittieren Quecksilber, welches über die Nahrungskette natürlich auch in den menschliche Körper gelangt. Die Gesundheitsrisiken sind hoch. So hoch, dass die USA bereits strenge Grenzwerte erlassen haben. Was tut die Bundesregierung? Genau, abwarten. Strengere Grenzwerte, die dann aber immer noch 2,5- bis 6,7-fach höher als in den USA sind, sollen frühestens 2019 kommen. Würden die US-amerikanischen Werte in Deutschland Anwendung finden, würde das bedeuten, dass fast keines von 53 deutschen Kohlekraftwerken am Netz bleiben dürfte. Dies belegt die [Studie „Quecksilber-Emissionen aus Kohlekraftwerken“](#) vom Institut für Ökologie und Politik (Ökopol) im Auftrag der grünen Bundestagsfraktion. Deutschland ist mit insgesamt 10 Tonnen jährlich zusammen mit Griechenland und Polen übrigens der traurige Spitzenreiter bei der Quecksilberfreisetzung in Europa. Union und SPD dürfen die gesundheitlichen Folgen der massiven Quecksilber-Emissionen nicht länger zu Gunsten der Kohleverstromung ignorieren. Denn die Studie zeigt auch, dass es technisch längst möglich ist, den Quecksilberausstoß von Kohlekraftwerken zu reduzieren. Mehr Infos und die Studie gibt es [HIER](#).

5) Studie: Elf Eckpunkte für einen Kohleausstiegs

Spätestens seit der Pariser Klimakonferenz ist klar, dass die Klimarettung ohne eine Abkehr von der Kohleverstromung nicht möglich ist. Dekarbonisierung lautet das Stichwort. Auch Deutschland wird sich dieser Tatsache stellen und über kurz oder lang einen Kohleausstieg einleiten müssen. Diese Umstrukturierung ist eine Gemeinschaftsaufgabe, welche nicht im Fundamentalkonflikt enden darf, sondern einvernehmlich gelöst werden muss. Der Think Tank AGORA Energiewende hat einen Aufschlag gemacht und mit „Elf Eckpunkte für einen Kohleausstiegs“ vorgestellt, wie dies gelingen kann. Die Studie findet sich [HIER](#).

6) Ende des NRW-Kraftwerkerneuerungsprogramms

Für Deutschland bedeutet das Paris-Abkommen den Ausstieg aus der Kohle in den nächsten 20 bis 25 oder auch nur 15 Jahren. Für NRW kommt nach dem Ende des Steinkohlebergbaus 2018 damit auch das Ende des Braunkohlebergbaus sehr schnell in Sichtweite. Je früher das Land dieser Tatsache ins Auge sieht, umso leichter wird der Strukturwandel fallen, umso wahrscheinlicher steht NRW auf der Gewinnerseite der globalen Energietransformation. Die rot-grüne Landesregierung hat 2010 beschlossen, keine neuen Braunkohletagebaue mehr zu genehmigen und damit den Braunkohleausstieg faktisch schon besiegelt. Mit dem Paris-Abkommen ist es nun an der Zeit, diesen Weg weiterzugehen. RWE allerdings plant nicht den Kohleausstieg, sondern konsequent das Gegenteil – ein neues Braunkohlekraftwerk am Standort Niederaußem. Mehr Infos dazu [HIER](#).

7) Kein Engagement der STEAG im Braunkohle-Revier in Ostdeutschland

Weltweit überarbeiten große Versicherer und Fonds ihre Anlagen und ziehen ihr Vermögen aus der fossilen Energieerzeugung zurück, denn diese hat vielleicht noch eine Gegenwart, aber sicher keine Zukunft mehr. So will sich auch der schwedische Staatskonzern Vattenfall aus der Braunkohle in Deutschland zurückziehen und Tagebaue und Kraftwerke verkaufen. Dass nun ausgerechnet die STEAG, ein Energieversorgungsunternehmen im Besitz von mehreren Ruhrgebietsstädten, die finanziell wahrlich nicht auf Rosen gebettet sind, die ostdeutsche Braunkohle von Vattenfall kaufen will, ist absurd. Die sozialverträgliche Abwicklung der Braunkohle ist nicht Aufgabe der STEAG. Die Grünen

Ratsfraktionen der STEAG-Eigentümerkommunen lehnen dieses Engagement darum eindeutig ab. Der Appell und weiterführende Informationen finden sich [HIER](#).

8) Studie: Gaspreise fallen – nicht für Verbraucher

Dr. Steffen Bukold vom Energieinformationsdienst "energycomment" aus Hamburg hat in einer Studie für die grüne Bundestagsfraktion die Entwicklung der Gaspreise unter die Lupe genommen. Ergebnis: Seit Mitte 2012 fallen die Gaspreise im Großhandel deutlich. Diese Entwicklung hätte eigentlich auch bei den Endkunden durch Preissenkungen der Gasversorger ankommen müssen. Dies ist aber längst nicht in dem Umfang erfolgt, wie es möglich gewesen wäre und bescherte der Gaswirtschaft im Jahr 2015 so zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Die Studie und weitere Infos finden sich [HIER](#).

9) Gewässerschutz: Ausnahmen für (fast) alle

Aufgrund von Verstößen gegen die Nitrat- und Wasserrahmenrichtlinie hat die Europäische Union zwei Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Wir haben deswegen die Bundesregierung zur Gewässerqualität und der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie befragt. Die Antwort: Zehn der relevanten Flussgebietseinheiten haben von 2009 bis 2015 beantragt, sie von dem Ziel auszunehmen, einen guten Gewässerzustand zu erreichen. Das war für 82 Prozent der Oberflächengewässerkörper (einheitlichen und bedeutenden Abschnitt eines Gewässers) und 36 Prozent der Grundwasserkörper (abgegrenztes Grundwasservolumen) der Fall. Und sogar die Bundesregierung muss eingestehen, dass mit der geplanten Novellierung der Düngegesetzgebung ein guter ökologischer Zustand der Gewässer nur schwer zu erreichen sein wird. Mehr Infos gibt es [HIER](#).

10) Fachgespräch „Digitalisierung: Eine Chance für die Energiewende?!“

Am 27.01.2016 diskutierten wir in unserem Fachgespräch „Digitalisierung: Eine Chance für die Energiewende?!“ die Digitalisierung der Energiewirtschaft. Anlass ist der laufende Gesetzgebungsprozess zur „Digitalisierung der Energiewende“, nach dem der Einbau von intelligenten Strommesssystemen zur Regel werden soll. Dr. Patrick Graichen (Agora Energiewende) zeichnete in seinem Vortrag das Bild eines dezentral organisierten, flexiblen und effizienten Energiesystems der Zukunft, in dem intelligente Systeme immer mehr an Bedeutung gewinnen. Klaus Homann (Tennet) bewertete Smart Meter als „Enabler“ der Energiewende und hob dabei deren Bedeutung für das Lastmanagement im Gesamtsystem hervor. Holger Loew (BEE) hinterfragte in seinem Vortrag kritisch, inwiefern der Gesetzentwurf der Bundesregierung die Kommunikationsanforderungen Erneuerbarer Energieversorgung hinreichend abbilde. Er betonte, dass sich für Betreiber kleiner Erneuerbarer Energien der Einbau von Smart Metern nicht rentiere. Johanna Kardel (VZBV) beleuchtete den Gesetzentwurf der Bundesregierung aus Verbrauchersicht und betonte, dass eine verpflichtende Ausstattung von Privathaushalten mit Smart Metern einen schwerwiegenden Eingriff in die Verbrauchersouveränität darstelle, der mit zusätzlichen Kosten aber mit keinem erkennbarem Nutzen verbunden sei. Prof. Gerd Heilscher (Professor für „Energiedatenmanagement dezentraler regenerativer Energiesysteme“ an der Hochschule Ulm) hob in seiner Präsentation die zentrale Bedeutung digitaler Technologien für das Lastmanagement bei einer flächendeckenden Ausstattung der Energielandschaft mit Photovoltaikanlagen hervor. Das Fachgespräch machte deutlich, dass die Digitalisierung kommt – die zentrale Frage aber ist, wie wir sie gestalten wollten: Zugunsten der Energiewende und im Einvernehmen mit allen Akteuren. Mehr dazu [HIER](#).

11) Bundestagsrede zur Weiterentwicklung des Strommarktes

Kein Hartz IV für Kohlekraftwerke? Der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf des Strommarktgesetzes ist genau das – der Einstieg in die subventionierte Braunkohle für Kraftwerke, die selbst die Betreiber stilllegen wollten. Nettes Extra: die Konzerne können in weiten Teilen selber bestimmen, wie viel sie bekommen. Vor dem Hintergrund der Klimakonferenz von Paris und einem spätestens jetzt überfälligen Kohleausstieg ist das unglaublich. Wir brauchen ein echtes Strommarktgesetz, in dem Flexibilität wirklich die neue Währung ist, und das eine Reform der Netzentgelte und

Anreize für Energiespeicher enthält. Meine Rede findet sich [HIER](#).

12) Grüner Wohlstandsbericht: Wie misst man Wohlstand?

Der wirtschaftliche Erfolg in unserem Land kommt bei vielen Menschen nicht an. Weder die Einkommen noch die Zukunftschancen sind fair verteilt. Die wirtschaftliche Prosperität kann allzu oft nur auf Kosten von Mensch, Natur und Umwelt erhalten werden. Ein umfassender Wohlstandsbericht, in dem neben ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen anhand messbarer Kriterien dargestellt werden, hilft dabei, die Debatte über Fehlentwicklungen und politische Handlungserfordernisse zu versachlichen und zu intensivieren. Mehr dazu [HIER](#).

Agrar/ Ernährung

13) Fleischatlas 2016 – Masse statt Klasse

Der Fleischatlas 2016 vom BUND und der Heinrich-Böll-Stiftung ist erschienen und zeigt, dass der überwiegende Teil der deutschen Tierhaltung regional sehr verdichtet auf Masse statt auf Klasse setzt. Demgegenüber stehen mehr als 80 Prozent der Deutschen, die – laut einer Umfrage des Landwirtschaftsministeriums von März 2015 – bereit sind, höhere Preise für Fleisch und Wurst zu zahlen, wenn sie dadurch zu besseren Haltungsbedingungen der Tiere beitragen. Immer mehr Menschen wollen mehr darüber wissen, wie das Fleisch, das sie essen, hergestellt wird. Für all diese gibt es den Fleischatlas [HIER](#).

14) „Wir haben es satt“-Demonstration anlässlich Grünen Woche

Im Januar startet mittlerweile traditionell nicht nur die Internationale Grüne Woche, sondern auch die alljährliche Demonstration für eine Agrarwende, welche den Start der Ausstellung zum Anlass nimmt. Die Grüne Bundestagsfraktion war natürlich bei der Demo dabei und startete die IGW darüber hinaus mit der Konferenz „Sackgasse Pestizide“. Eine Übersicht über die zahlreichen Aktivitäten unserer Fraktion anlässlich der IGW gibt es [HIER](#). Der Beweis, dass Agrarindustrie nicht alternativlos ist, und was wir uns unter „Grüner Landwirtschaft“ vorstellen, findet sich [HIER](#).

15) Studie: Pestizidbelastungen

Viele Menschen fragen sich, ob Bio-Produkte eigentlich gesünder sind als konventionelle und ob sie vielleicht auch besser schmecken. Wir haben darum die Pestizidbelastung von Bio- und konventionellen Produkten auf Basis staatlicher Stichproben aus allen Bundesländern vergleichen lassen. Ergebnis: Bio-Lebensmittel sind im Gegensatz zu konventionellen tatsächlich nahezu pestizidfrei. Bei einigen konventionell erzeugten Lebensmitteln dagegen ist die Pestizidbelastung sogar bis zu 3.000-mal höher. Im Schnitt ist konventionelles Obst durchschnittlich 350-mal höher belastet als Bio-Obst. Unsere Studie und weitere Infos zum Thema gibt's [HIER](#).

16) Studie: Gentechnik-Tiere

Schutz vor Krankheiten und Allergien und die Sicherung der Welternährung: das sind die angeblichen Ziele, zu deren Erreichung gentechnisch veränderte Tiere in der Landwirtschaft eingeführt werden sollen, wenn man die derzeitigen Kampagnen beobachtet. In einer Studie haben wir die Argumentationen der Befürworter von Gentechnik-Tieren untersucht und festgestellt, wie fragwürdig diese Zielsetzungen in der Regel sind. Außerdem würde die Freisetzung und landwirtschaftliche Nutzung von Gentechnik-Tieren zu einer erheblichen Gefährdung von Mensch und Umwelt führen. So könnten Schweine, die durch gentechnische Veränderungen resistent gegen bestimmte Viren gemacht wurden, zu Überträgern der Erreger werden. Die Studie sowie unsere parlamentarischen Initiativen zum Thema finden sich [HIER](#).

17) Bundestagsrede zur Reform der Deutschen Lebensmittelbuch-Kommission

Drin ist, was drauf steht? Weit gefehlt. Vorbei die Zeiten, in denen Olivenpaste aus Oliven bestand.

Dieser Missstand sollte eigentlich mit der Lebensmittelbuch-Kommission abgeschafft werden. Stattdessen spielt Minister Schmidt Minister-Mikado und übt sich als Messestand-Dekoration auf der Grünen Woche. Verbraucherinnen und Verbraucher aber haben ein Recht darauf, dass die Verpackung eines Lebensmittels auf den ersten Blick das deutlich macht, was das Produkt enthält. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Regierungshandeln nur simulieren und nicht tatsächlich handeln, das wird beim Lebensmittelbuch zur jährlichen Routine. Meine Bundestagsrede zum Nachlesen oder Anschauen findet sich [HIER](#).

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

18) Papierverschwendung beim DB Online-Ticket

Jedes Jahr landen Millionen Blätter Papier im Müll, nur weil sie als überflüssiger Anhang ausgedruckt werden. Bei den monatlich im Durchschnitt verkauften 2,8 Millionen Online-Tickets der DB werden meist die für die Kontrolle völlig überflüssigen zugehörigen beiden Seiten mit Hinweisen und den Allgemeinen Geschäftsbedingungen mit ausgedruckt, da die Bahnsoftware diese standardmäßig in die Druckvorlage einbindet. Jedes Jahr landen auf diese Weise mindestens 20 Millionen Blätter Papier im Müll, nur weil sie als überflüssiger Anhang ausgedruckt werden. Die Bahn sollte aber nicht nur mit Ökostrom fahren, sondern auch in anderen Bereichen gutes Vorbild sein. Ich habe darum Bahnchef Rüdiger Grube in einem Brief auf die Folgen der Papierverschwendung hingewiesen. Massenhaft Holz, Wasser und Druckerfarbe werden hier zulasten der Umwelt verbraucht. Bei der neuen Generation von Online-Tickets müssen Umweltschutzaspekte unbedingt stärker berücksichtigt werden. Dabei ist die DB ein Beispiel für das unnütze Ausdrucken von Papier in vielen Lebens- und Geschäftsbereichen.

19) Marode Infrastruktur und der Bundesverkehrswegeplan, die Dobrindt-Show

Die Bundesregierung investiert einiges an Aufwand für die Arbeit an einer Liste mit Verkehrsprojekten, die in den nächsten 15 Jahren gebaut werden sollen – dem sogenannten Bundesverkehrswegeplan (BVWP). Nicht nur das Verkehrsministerium, sondern auch 16 Auftragsverwaltungen in den Ländern und zahlreiche Planungsbüros beschäftigen sich seitdem mit der Überprüfung von Straßen-, Schienen und Wasserstraßenprojekten. Eigentlich sollte er schon vor einem Jahr kommen; jetzt ist Dobrindts Versprechen: Der Entwurf kommt vor Ostern. Dann darf sich jede/r im Land sechs Wochen lang die Projektbewertungen ansehen und weitere Vorschläge dazu machen. Das klingt auf den ersten Blick gut, ist aber in Wirklichkeit eine Farce. Denn auf unsere Nachfrage muss die Bundesregierung einräumen, dass für die allermeisten neuen Projekte gar kein Geld zur Verfügung stehen wird. Denn dies ist bereits fest gebunden, in laufenden Projekten. Mehr Infos und unseren eigenen Bundesnetzplan Verkehr gibt's [HIER](#).

20) Studie: Bezahlbares Wohnen

In vielen Gegenden Deutschlands ist für alle bezahlbarer Wohnraum mittlerweile Mangelware – und das nicht erst seit gestern. Das Angebot wird knapper: Jedes Jahr verlieren 60.000 Sozialwohnungen ihre Bindung und gelangen auf den freien Wohnungsmarkt. Enorme Mietsprünge und maximale Renditen sind die Folge. Die Tatsache, dass über eine Million Menschen im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen sind und viele von ihnen nun ein Dach über dem Kopf jenseits von Turnhallen und Container-Dörfern brauchen, erhöht massiv den Handlungsdruck. Das Rezept von uns Grünen im Bundestag hat Tradition: die Wohnungsgemeinnützigkeit. Das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ heißt für den Wohnungsmarkt: Wohnungen, die sich junge Familien, Menschen mit wenig Einkommen oder Studierende auf Dauer leisten können. Mehr Infos und unsere Machbarkeitsstudie dazu [HIER](#).

21) Bundestagsrede zur Mietpreisentwicklung

In Deutschland fehlen vor allem in Ballungsgebieten Hunderttausende Wohnungen. Frau Hendricks

Forderung, 2 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, hat in dieser Koalition die Durchschlagskraft von Wattebällchen. Die Modernisierungumlage ermöglicht weiterhin Luxussanierungen, die das „Entmieten“ weiter befördern. Was wir brauchen, sind nicht Ghettos am Stadtrand oder eine Mietpreisbremse (die alles Mögliche tut, aber keinen Mietpreis bremst), sondern eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Was wir brauchen, ist eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus. Meine Bundestagsrede zum Thema findet sich [HIER](#).

22) Fachgespräch „Verbraucherrechte im VW-Skandal“

In unserem Fachgespräch am 16. Dezember haben wir über die Konsequenzen des VW-Abgasskandals für die Verbraucherinnen und Verbraucher diskutiert. Jürgen Resch von der DUH erläuterte, wie die Hersteller seine Aufklärungsarbeit mit Drohbriefen ihrer Anwälte quittieren.

Erfreulich ist die Nachricht, dass Volkswagen darauf verzichten will, Verjährungsfristen geltend zu machen. Doch der Haken: VW empfiehlt diesen Verjährungsverzicht lediglich seinen Händlern, und ausschlaggebend für die Verbraucherinnen und Verbraucher ist, ob die Händler sich auch an diese Empfehlung halten. Klaus Müller vom VZBV machte deutlich, dass die entscheidende Frage für Verbraucherinnen und Verbraucher sei, ob Nachteile durch die Umrüstung, zum Beispiel ein höherer Benzinverbrauch, entstünden, und wie VW solche Nachteile entschädige. Die entscheidenden Fragen sind also weiter offen. Gerne hätten wir diese direkt an VW gerichtet, doch stellen wollte VW sich ihnen nicht und sagte die Teilnahme am Fachgespräch sehr kurzfristig ab – und das, obwohl sie am selben Tag im Haus des Bundestags waren. Mehr zum Fachgespräch findet sich [HIER](#) und [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.